



# Gemeinderat

---

## Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 12. Dezember 2013  
im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 21:45 Uhr

Anwesende:

Bgm. Dr. Wolfgang Jörg, Vorsitzender  
1. Bgmstv. Herbert Mayer  
2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein  
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler  
StR Mathias Niederbacher  
StR Ing. Roland König  
StR Richard Reinalter (ab 18:25 Uhr)  
GR DI Andreas Pfenniger  
GR Simone Luchetta  
GR Günther Stürz  
GR Lucia Moli Y Rosich  
GR Doris Sailer  
GR Mag. Kurt Leitl  
GR Mag. Jakob Egg  
GR Peter Vöhl  
GR Hansjörg Unterhuber  
GR Gabriele Greuter  
GR-Ers. Manuela Tiefenbacher-Schauer  
GR-Ers. Wolfgang Egg

Abwesend und  
entschuldigt:

GR Ahmet Demir  
GR-Ers. Stefan Oberdorfer  
GR-Ers. Siegfried Ladner  
GR-Ers. Markus Hütter  
GR-Ers. Christoph Schnegg  
GR-Ers. Ayse Acar  
GR-Ers. Michael Peintner

Weiters an-  
wesend:

Mag. Elisabeth Reich  
Walte Gaim  
Ing. Elmar Draxl und Arch. DI Harald Kröpfl (zu TO-Pkt. 1)  
Mag. Marco Fehr (zu TO-Pkt. 2)  
DI Andreas Falch

Schriftführerin: Sonja Streng

## **Tagesordnung**

1. Präsentation Projekt „Betreubares Wohnen“
2. Gründung Gesellschaft Standort- und Wirtschaftsentwicklung
3. Anträge des **Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses**  
Beratungen über Bausperre bzgl. Grundstücke in EZ 693 (ehem. Mayrederareal); Verkehrsangelegenheit – Tonnagebeschränkung Perjenerweg
4. Niederschriften
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Verordnung über die Vorschreibung der öffentlich rechtlichen Abgaben, der Steuern sowie der sonstigen Entgelte ab 01.01.2014
7. Begründung für Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2014
8. Voranschlag 2014; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2015 – 2017
9. Anträge des **Stadtrates**  
Militärisches Immobilienmanagement – Zusatzvereinbarung Verlängerung Parkstreifen (Kaserne); Waltraud und Karl Sager – Löschung Vor- und Wiederkaufsrecht; Neue Heimat Tirol (NHT) – Baurechtsvertrag „Betreubares Wohnen“
10. Antrag des **Wohnungsausschusses**  
Wohnungsvergaben
11. Anträge, Anfragen und Allfälliges
12. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sodann er sucht er um die Aufnahme des TO-Punktes „Bericht des Überprüfungsausschusses“, womit sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden erklärt und geht der Vorsitzende sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: **Präsentation Projekt „Betreubares Wohnen“**

Der Vorsitzende erläutert, dass man zu Beginn der Beratungen drei mögliche Standorte für das Projekt „Betreubares Wohnen“ ins Auge gefasst hat. Relativ bald ist man zur Erkenntnis gelangt, dass der Platz im Bereich des Altersheimes als der am geeignetsten erscheint. Die

Nähe zum bestehenden Altersheim sei ein großer Vorteil und könnten einige Synergieeffekte genutzt werden. Daraufhin wurden viele Gespräche und Diskussion geführt. In der Folge konnte die Neue Heimat als Partner gewonnen werden, welche DI Harald Kröpfl mit der Planung beauftragte. Zwischenzeitlich wurden die entsprechenden Widmungen vorgenommen, die Grundteilung durchgeführt und ein Baurechtsvertrag mit der Neuen Heimat Tirol (NHT) vorbereitet. Sodann begrüßt er Herrn Ing. Elmar Draxl, Projektleiter der NHT, sowie Arch. DI Harald Kröpfl und ersucht er um die Präsentation.

Herr Draxl bedankt sich für die Einladung zur Präsentation. Sodann entschuldigt er Geschäftsführer Hannes Gschwentner, der leider aufgrund einer Veranstaltung verhindert ist. Dann erläutert er die Projektdaten im Detail. Geplant sind 27 Wohnungen, 37 Tiefgaragenplätze und ist die Unterbringung des Sozial- und Gesundheitssprengels, für welchen 150 m<sup>2</sup> vorgesehen sind, geplant. In den Genuss von betreubarem Wohnen kommen Personen, die grundsätzlich noch in der Lage sind, ihr Leben in dem barrierefreien Haus selbst zu organisieren. Sie können auf Hilfe des angrenzenden Altersheimes zurückgreifen, müssen aber nicht. Die Wohneinheiten sind klein gehalten, dafür sind die Gemeinschaftsräume eher großzügiger ausgelegt.

Sodann erläutert Architekt Kröpfl das Projekt bzw. die Pläne anhand einer Präsentation, welche dieser Niederschrift als Bestandteil beigegeben wird. Er erklärt, dass das dreigeschossige Objekt an der Geländekante des Marienheimplatzes, parallel zum städtischen Altersheim, situiert wird. Verbunden wird das Gebäude unterirdisch durch eine Tiefgarage. Er betont, dass der wesentliche Unterschied im Vergleich zu einer normalen Wohnanlage darin besteht, dass dieses Objekt behindertengerecht ausgelegt ist. Außerdem sind die Wohnungen (24 Garçonnières und drei Zwei-Zimmer-Wohnungen mit je 54m<sup>2</sup>) relativ klein, jedoch die Gemeinschaftsräume sehr großzügig. Auch auf die Gestaltung der Außenanlage werde größtmäßiger Wert gelegt. Der Platz zwischen den beiden Häusern soll in Zukunft als sozialer Treffpunkt dienen und ergebe sich jetzt die Chance, den derzeit nicht sehr attraktiven Weg zum Schloss Landeck zu adaptieren und attraktiver zu gestalten. Das Gebäude selber werde in der Passivhausbauweise ausgeführt. Die Ausführung der Fassade erfolgt in einfacher Steinbauweise zur Angleichung an Schloss. Mit DI Hauser vom Bundesdenkmalamt werde man in Folge die Feinabstimmung vornehmen. Einige Elemente werden mit Holz ausgekleidet. Eine „schöne Fassade“ erhalte auch das Dach des Objektes, da dieses vom Schloss her gut einsehbar ist. Vorgesehen ist eine Begrünung des Daches. Die Beheizung erfolgt über die Heizung des Altersheimes.

Abschließend gibt er an, dass die Baueinreichung Ende 2013 erfolgt und somit einem Baubeginn im Frühjahr 2014 nichts entgegensteht. Im Herbst 2015 sollte das Haus dann bezugsfertig sein.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation und teilt mit, dass die beiden Herren für noch offene Fragen zur Verfügung stehen.

StR König erkundigt sich, ob der Raumbedarf des Sozialsprengels von 150 m<sup>2</sup> gerechtfertigt ist.

Bgmstv. Mayer erklärt, dass der Sozialsprengel derzeit in einer umfunktionierten Wohnung untergebracht ist und die Räumlichkeiten aufgrund des stetig wachsenden Aufgabenbe-

reichs und natürlich auch des Personalstands zu klein geworden sind. Außerdem hat das Altersheim für diese Räumlichkeiten Eigenbedarf angekündigt.

DI Kröpfl fügt hinzu, dass die Räume optimiert und den Anforderungen des Sozialsprengels entsprechend ausgeführt werden.

GR Vöhl zeigt Interesse hinsichtlich des Pavillons und erkundigt er sich nach dessen Fortbestand.

DI Kröpfl stellt fest, dass der bestehende Pavillon in einem äußerst miserablen Zustand ist, dieser leider dem Projekt weichen muss und es in Zukunft keinen Pavillon an diesem Standort mehr geben werde.

Bgmstv. Jenewein betont, dass durch den Bau des Projektes „Betreubares Wohnen“ das Altersheim eine spürbare Entlastung erfahren werde und dadurch in den nächsten 10 Jahren keine zusätzlichen Heimplätze geschaffen werden müssen. Für ihn ist das ein wichtiger Baustein und zeigt er sich erfreut darüber, dass gleichzeitig die Situation des Sozialsprengels verbessert werden kann. Er betont, dass die Leistungen bzw. die geleisteten Stunden des Sozialsprengels in den letzten 10 Jahren verdoppelt wurden und der Raumbedarf von ca. 150 m<sup>2</sup> sicherlich gerechtfertigt ist.

Der Vorsitzende stimmt Bgmstv. Jenewein zu und teilt mit, dass in den letzten Jahren ein massiver Anstieg von alten Menschen verzeichnet werden konnte. Er stellt fest, dass es für eine Bezirkshauptstadt jetzt an der Zeit ist, eine solche Einrichtung zu schaffen.

GR Vöhl fragt an, ob es in diesem Zusammenhang die Möglichkeit gebe, die Erschließung vom Marienheimplatz zur Stadt zu verbessern.

DI Kröpfl bemerkt, dass es sich bei der derzeitigen Verbindung um einen sehr schmalen und engen Weg handelt. Inwiefern eine Verbesserung möglich ist, müsse man sich noch im Detail anschauen.

StR Hittler ist der Meinung, dass die Platzauswahl für den Neubau des betreubaren Wohnens neben dem Altersheim eine gute Wahl war und mit der Neuen Heimat Tirol ein sehr guter Partner gefunden werden konnte. Auch freut es ihn, dass ein heimischer Architekt mit der Planung beauftragt werden konnte.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei Herrn Ing. Draxl und DI Kröpfl für die Präsentation und die Ausführungen.

#### **Pkt. 2) der TO.: Gründung Gesellschaft Standort- und Wirtschaftsentwicklung**

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich im Sommer 2010 erstmals mit dieser Angelegenheit, damals noch unter dem Titel „Masterplan“ im Planungsausschuss befasst hat. Im September 2010 wurde erstmals mit DI Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung (ISK) Kontakt aufgenommen. In weiterer Folge wurden einige Gespräche, in welchen auch die Wirtschaftskammer, die Leistungsgemeinschaft, Banken sowie auch die Gemeinde Zams einbezogen wurden, geführt. Im Jahr 2011 wurde Kontakt mit dem Land

Tirol aufgenommen und konnte eine Zusage über eine Förderung für das Grundkonzept im Ausmaß von 50 % von max. Euro 64.000,-- lukriert werden. In der Sitzung des Gemeinderates am 10.5.2012 wurde dann der Grundsatzbeschluss gefasst. Danach kam es aufgrund des Todes von Bgm. Engelbert Stenico zu einer kurzzeitigen Stagnation. Im Jahr 2013 habe er versucht, dieses Projekt wieder zu forcieren. Es wurden dann eine große sowie eine kleine Arbeitsgruppe gebildet und eine Ausschreibung durchgeführt. Er betont, dass es bisher sehr arbeitsintensiv war und bedankt er sich bei allen Beteiligten, die in irgendeiner Weise mitgearbeitet und das Projekt unterstützt haben, insbesondere gelte sein Dank auch dem verstorbenen Bgm. Stenico.

In weiterer Folge begrüßt er zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Mag. Marco Fehr vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung (ISK) und ersucht er um seine Präsentation.

Die von Mag. Fehr vorgetragene Präsentation, wird dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen.

Mag. Marco Fehr betont, dass die Entwicklungsgesellschaft Flächen und Immobilien kaufen, sichern, entwickeln und vermarkten werde. Die Gesellschaft agiere nicht gewinnorientiert, sondern hat die aus Sicht der Gemeinden optimale Lösung im Sinn zu haben.

GR Stürz begrüßt die Initiative, hofft dass das alles auch gut funktioniert und auch Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Abwanderung im Talkessel ein wenig hinten halten zu können. Er fragt an, ob es auch denkbar wäre, das „Flächenmanagement“ Richtung Westen zu erweitern, da es im Gemeindegebiet von Grins Grundstücke gibt, die noch einfließen könnten.

Mag. Fehr erklärt, dass die Organisation so aufgebaut ist, dass es möglich ist, Mitglieder aufzunehmen. Er betont, dass dies weder ein Politprojekt noch ein neues Modell ist. Mit diesem Modell arbeite das ISK schon seit längerem und funktioniere es sehr gut.

GR Egg betont, dass dieses Projekt sowohl für Landeck als auch für den ganzen Bezirk Landeck wichtig ist und die Nachbargemeinden nicht isoliert werden dürfen.

GR-Ers. Egg bemerkt, dass die größte Herausforderung wohl die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Landeck und Zams sein wird.

GR Pfenniger erkundigt sich, wo die Anlaufstelle situiert sein wird und fragt er an, ob diese Aufgabe auch die Wirtschaftskammer übernehmen könnte.

Mag. Fehr betont, dass er selber als Ansprechperson fungieren werde und er auf diese Art und Weise die bestehende Infrastruktur nützen könne. Die Wirtschaftskammer vertrete nur die Zielgruppe der Unternehmer. In der Anlaufstelle werden vorrangig die kommunalpolitischen Ziele umgesetzt. Es werde jedoch sehr eng mit der Wirtschaftskammer zusammen gearbeitet.

GR Pfenniger ist der Meinung, dass nur wenig Grundstücke in Landeck zur Verfügung stehen. Er wäre sofort „Feuer und Flamme“ wenn die 68.000 m<sup>2</sup> von der Donau Chemie zur Verfügung stehen würden.

Mag. Fehr erklärt, dass man sich jetzt intensiv mit der strategischen Planung der Daseinsvorsorge beschäftigen muss. Eventuell können neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Gemeinsam mit dem Raumplaner können neue Flächen entwickelt und geschaffen werden. Den Kopf in den Sand stecken wäre laut Mag. Fehr der falsche Ansatz.

DI Andreas Falch, Raumplaner der Stadtgemeinde Landeck, erklärt, dass man in vielen Gemeinden sehen kann, dass eine gewisse Ansiedlungspolitik betrieben werden kann. Von einer Gesellschaft kann man erwarten, dass diese dies abfängt und konkrete Angebote an Standortsuchende liefern kann. Leider können etliche Unternehmeranfragen nicht beantwortet werden, weil es in Landeck die Flächen nicht gibt. Grundsätzlich findet er es richtig, aktiv am Bodenmarkt aufzutreten und findet er es gut, ein Konzept in diese Richtung zu entwickeln.

Der Vorsitzende betont, dass der Sinn und Zweck dieser Entwicklungsgesellschaft die Gestaltungsmöglichkeit über Grund und Boden ist. Dadurch werde auch ermöglicht, schneller auf frei werdende Grundstücke zuzugreifen. Er ist der Meinung, dass es unabdingbar ist einen „Profi“ mit dieser Thematik zu beauftragen. Ohne Anlaufstelle glaubt er, wird es nicht funktionieren.

StR König spricht sich dafür aus, diese Gesellschaft zu schaffen, denn er ist der Meinung, dass es professionell abgewickelt werden muss.

StR Hittler ist es ebenfalls ein „Muss“ diese Sache aktiv und mit professioneller Hilfe zu betreiben. Die Chance muss jetzt genutzt werden.

GR Reinalter betont, dass es dabei auch um viel Geld geht. Man muss auch darüber reden.

Bgmstv. Jenewein ist der Meinung, dass der Gemeinderat heute nur einen Grundsatzbeschluss fasst.

Der Vorsitzende betont, dass es schon gedacht ist, die PSG zu gründen und den Auftrag sodann an die Fa. ISK zu vergeben.

Es kommt zu einer kurzen Debatte über die Formulierung des Antrages.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich jetzt drei Jahre mit dieser Standortentwicklung befasst hat und jetzt der Zeitpunkt für die Gründung der PSG gekommen ist. Die Fa. ISK habe eine Grundlage ausgearbeitet und wäre für ihn die logische Schlussfolgerung, dass man nun die Fa. ISK mit der weiteren Vorgangsweise beauftragt. Natürlich vorbehaltlich des Beschlusses der Gemeinde Zams.

Bgmstv. Mayer gibt an, dass man über die Formulierung des Antrages immer diskutieren kann. Vom Ablauf und der zeitlichen Abfolge gesehen, ist heute für ihn der richtige Zeitpunkt, um diesen Beschluss zu fassen.

Bgmstv. Jenewein bemerkt, dass man bei den letzten Beratungen nur über das Grundsätzliche geredet hat, das Angebot ist jedoch noch relativ jung. Er erkundigt sich, welche Aufgaben in diesen Euro 50.000,--, die pro Gemeinde zu bezahlen sind, enthalten sind.

Mag. Fehr antwortet, dass es für solche Aufträge keine Regiestunden gibt. Die Firma ISK verkauft das „Know-how“ und liefert ein fertiges Produkt.

StR Hittler weist darauf hin, dass es eine Ausschreibung gegeben hat und die Fa. ISK sich durchgesetzt hat. Für ihn war es immer klar, dass man nun alles Weitere mit der Fa. ISK vorantreibt. Außerdem ist er der Meinung, dass es Landeck trotzdem machen sollte, wenn Zams keinen gleichlautenden Beschluss fasst. Durch die ISK werde eine gute Betreuung sowie Nachbetreuung gewährleistet.

GR Stürz betont, dass man das Angebot in einem Gremium vorberaten hätte sollen.

Bgmstv. Jenewein teilt mit, dass er dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen könne, da er nicht weiß, für wie viele Jahre der Auftrag erteilt wird.

Mag. Fehr klärt auf, dass es Drei-Jahres-Verträge gibt, danach werde abgerechnet und kann der Gemeinderat entscheiden, ob es weiter geht oder nicht. Er betont zudem, dass sich die Arbeit nicht immer sofort im Ergebnis zeigt, es ist eine Arbeit auf längere Sicht.

GR Reinalter schlägt vor, über das Angebot im Detail separat zu beraten. Die SPÖ-Fraktion spricht sich grundsätzlich für die Gründung der PSG aus, die Details des Angebots hätte er gerne diskutiert, da die Summe nicht unbeträchtlich ist.

Nach kurzer weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende über nachstehenden Antrag abstimmen:

Die Gemeinden Landeck und Zams sind sehr bestrebt, die Standort- und Wirtschaftsentwicklung zu forcieren. Um dieses Ziel zu erreichen ist beabsichtigt, eine umfassende Standort- und Wirtschaftsentwicklungsorganisation mit einer operativen Anlaufstelle, Steuerungsgruppe und einer Projekts- und Strukturentwicklungsgenossenschaft (PSG) zu gründen. Das Konzept der PSG, die Satzung, die Aufgabenbeschreibung der Anlaufstelle, das Angebot des Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung (ISK) sowie die Kostenaufstellung sind diesem Antrag beigefügt.

Über die Gründung einer PSG wurde bereits mehrfach in Gremien und bei zahlreichen Besprechungen beraten. Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat möge über die Gründung der PSG beraten und beschließen.

Der Antrag wird dahingehend ergänzt, dass dieser Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeinde Zams gilt und soll der Auftrag an die Fa. ISK vergeben werden. Außerdem sind die Beilagen (Kostenübersicht) sowie das Konzept, die Satzung sowie die Aufgabenbeschreibung inkl. Angebot integrierender Bestandteil dieses Beschlusses.

Für vorliegenden Antrag ergeben sich sodann 13 Prostimmen und 6 Gegenstimmen (Jenewein, Reinalter, Pfenniger, Luchetta, Moli, Tiefenbacher-Schauer).

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses

Der Obmann des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler, verliest nachstehenden Antrag:

- a. Beratungen über Bausperre bzgl. Grundstücke in EZ 693 (ehem. Mayrederareal)

Der Vorsitzende bringt den Mitgliedern des Gemeinderates nachstehenden Antrag zur Kenntnis:

Der Planungs-, Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, unter Zugrundelegung der ortsplanerischen Stellungnahme des DI Andreas Falch vom Dezember 2013 nachstehende Bausperren-Verordnung zu beschließen.

Aufgrund des § 72 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG 2011, idF LGBl.Nr. 56/2011, wird wie folgt verordnet:

§ 1

Beabsichtigte Planungsmaßnahme

Die Stadtgemeinde Landeck beabsichtigt, für das in der ortsplanerischen Stellungnahme dargestellte Planungsgebiet im Bereich Kaifenau eine Flächenwidmungsplanänderung durchzuführen sowie einen Bebauungsplan zu erlassen.

§ 2

Betroffene Grundparzellen

In nachstehender Tabelle sind die betroffenen Grundparzellen und die derzeitige rechtskräftige Widmung angeführt

<b>Grundparzelle</b>	<b>derzeitige Widmung</b>
Bp. .946	Allgemeines Mischgebiet gem. §40 Abs. 2
Bp. .947	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1
Bp. .954	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1
Bp. .955	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1
Bp. .956	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1
Gp. 2518/5	Allgemeines Mischgebiet gem. §40 Abs. 2
Gp. 2518/6	Allgemeines Mischgebiet gem. §40 Abs. 2 (teilweise) Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1 (teilweise)
Gp. 2619	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1
Gp. 2620	Gewerbe- und Industriegebiet gem. §39 Abs. 1

§ 3

Grundzüge der verfolgten Planungsziele

Zur Umsetzung und Sicherung der städtebaulichen und ortsplanerischen Planungsziele sowie zur Sicherung der Ziele der räumlichen Entwicklung der Stadtgemeinde Landeck ist aus raumordnungsfachlicher Sicht eine Bausperre gemäß §72 TROG 2011 erforderlich. Die insbesondere verfolgten Planungsziele sind ausführlich in der ortsplanerischen Stellungnahme des DI Andreas Falch vom Dezember 2013 erläutert und zusammenfassend nachstehend angeführt.



1. Die Entwicklung des gegenständlichen Bereiches unter Berücksichtigung der vorhandenen Nutzungen in Richtung einer mittleren und hochwertigen gewerblichen Nutzung zu gestalten. Die vorhandenen Widmungskategorien sind im Hinblick auf die bestehenden Lärmimmissionen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen (Änderung des Flächenwidmungsplanes).
2. Die für eine geordnete Entwicklung und zur Umsetzung der im Örtlichen Raumordnungskonzept festgelegten Mindestdichten unzureichende Parzellenausformung ist anzupassen (Erlassung Bebauungsplan – Mindest- und Höchstdichten).
3. Eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung nutzbarer Parzellenstrukturen ist die rechtlich gesicherte verkehrstechnische innere Erschließung und Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz (Erlassung Bebauungsplan – Straßenfluchtlinien).

#### § 4

#### In Kraft treten der Bausperre

Diese Bausperren-Verordnung tritt nach Ablauf der Kundmachung In Kraft.

Der Vorsitzende betont, dass es sich dabei um ein strategisch wichtiges Grundstück handelt. Dieses soll nach der Insolvenz der Alpine nächsten Freitag endgültig an den Höchstbieter vergeben werde. Sodann ersucht er DI Andreas Falch um seine Erläuterungen:

DI Falch erklärt, dass man eine Bausperre für die Erlassung eines Flächenwidmungsplanes auf 2 Jahre beschließen kann. Dies dient dazu, dass man Zeit gewinnt. Im Kern geht es um den Bebauungsplan. Wichtig erscheint ihm, dass man im Bebauungsplan die Ziele des Raumordnungskonzeptes anpasst. Eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung nutzbarer Parzellenstrukturen ist die verkehrstechnische Erschließung und Anbindung an das Straßennetz. So müssen im Bebauungsplan die Straßenfluchtlinien sowie die Mindest- und Höchstdichte festgelegt werden. Er ist überzeugt davon, dass dies im Konsens gemeinsam mit dem Grundeigentümer funktionieren wird.

Der Vorsitzende betont, dass man mit dieser Bausperre die Planungsziele absichern will. Die Aufgabe der Gemeinde ist es nun, hier etwas zu entwickeln. Diesbezüglich werde man auch den neuen Grundeigentümer miteinbeziehen und müsse man mit diesem demnächst das Gespräch suchen.

StR Hittler betont, dass dies ein wichtiger Schritt ist, um die Ziele der Stadtgemeinde Landeck absichern zu können. Er bedankt sich diesbezüglich beim Raumplaner, DI Andreas Falch.

#### **Beschluss:**

**Vorliegender Antrag des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses wird vom Gemeinderat sodann einstimmig angenommen.**

- b. Verkehrsangelegenheit – Tonnagebeschränkung Perjenerweg

In der Sitzung vom 11. November 2013 hat der Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss nachstehende Verkehrsregelung beschlossen.

**Fahrverbot für Fahrzeuge über 3,5 t höchstes zulässiges Gesamtgewicht auf dem Perjenerweg, im Bereich von der Burschlbrücke bis zum Hause Perjenerweg Nr. 9a (Spenglerei Althaler - siehe Lageplan)**

Gemäß § 60 TGO wird kundgemacht, dass der Gemeinderat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2013 nach abgeschlossenem Ermittlungsverfahren zur Gewährleistung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs, in Entsprechung der Zuständigkeit durch die Übertragungsverordnung der Tiroler Landesregierung vom 07.10.1986, kundgemacht im LGBL Nr. 33/1986, folgende Verkehrsregelung beschlossen hat.

Gemäß den §§ 43, 44, 94c und 94 f StVO 1960 i.d.d.g.F. wird verordnet:

**I.**

Das Befahren des Perjenerweges im Bereich zwischen der Burschlbrücke und dem Hause Perjenerweg Nr.9a (Spenglerei Althaler), ist mit Fahrzeugen, deren Gesamtgewicht 3,5 t überschreitet, verboten.

**II.**

Die unter Pkt. I. verfügte Verkehrsregelung ist durch das Vorschriftszeichen, „Fahrverbot für Fahrzeuge mit über 3,5 t Gesamtgewicht“ gem. § 52 lit.a Zif. 9 c StVO 1960 i.d.d.g.F. kundzumachen.

**III.**

Gemäß § 44 Abs.1 StVO ist der Zeitpunkt der erfolgten Anbringung des Verkehrszeichens in einem Aktenvermerk festzuhalten ( § 16 AVG ).

Allfällige dieser Verordnung entgegenstehenden frühere Verfügungen werden hiermit aufgehoben.

Wer sich durch diesen Beschluss in seinen Rechten verletzt fühlt, kann innerhalb der Kundmachungsfrist Aufsichtsbeschwerde erheben.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Entscheidung im Sinne des Antrages ersucht.

**Beschluss:**

**Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.**

Pkt. 5) der TO.: Niederschrift

StR König erklärt, dass einige seiner Wortmeldungen in der Niederschrift des Gemeinderates vom 24. Oktober 2013 nicht deutlich genug protokolliert worden sind und stellt er dies klar.

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Gemeinderates vom 24. Oktober 2013 wird sodann genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Die Niederschrift über die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates vom 23. November 2013 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

#### Pkt. 6) der TO.: Bericht des Bürgermeisters

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau GR Monika Rotter ihr Gemeinderatsmandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgelegt hat. Er bedankt sich für ihren Einsatz und betont, dass sie ihre Aufgaben immer sehr gewissenhaft ausgeführt hat.

Der Vorsitzende berichtet, dass er am 10. Dezember gemeinsam mit GR Reinalter von LR Palfrader eine Förderzusage in der Höhe von Euro 90.000,00 für die Erweiterung des KG neggurB entgegen genommen hat.

Er teilt mit, dass die „Erlebnismesse für Alt und Jung“ im Stadtsaal Landeck ein voller Erfolg war und bedankt er sich bei Mathias Niederbacher für die ausgezeichnete Organisation und die Durchführung.

Er berichtet, dass die „Berggala“ in Fiss aufgrund von schwierigen Windverhältnissen abgesagt werden musste. Umso erfreulich war gestern für ihn ein Anruf von GF Hannes Gschwentner, in welchem dieser mitteilte, dass die Neue Heimat Tirol einen Betrag für den Martini-Laden aufbringen werde.

Zum Thema Umbau VS Angedair berichtet er, dass der Schul- und Kindergartenausschuss Ende November die Neue Mittelschule in Rattenberg sowie das Franziskanergymnasium in Hall angeschaut hat. Eine Entscheidung wird fallen, sobald die Kostenschätzung vorliegt.

Er teilt mit, dass es gestern noch eine Gesprächsrunde mit dem Tourismusverband und den Agrargemeinschaften hinsichtlich der Wanderwege gegeben hat. Der Tourismusverband habe nun die Aufgabe, die einzelnen Wege vor Ort anzuschauen und mit den Karten abzustimmen. Vorrangig sind die bestehenden Wege zu säubern und instand zu setzen. Da dies den ganzen Talkessel betreffe, werde dies über einen Zeitraum von zwei, drei Jahren durchgeführt. Außerdem müsse noch geprüft werden, ob vom Landschaftsdienst Förderungen diesbezüglich lukriert werden können.

Er informiert, dass der Mammutbaum vor dem Rathaus mit Schreiben der BH Landeck vom 23.10.2013 zum Naturdenkmal erklärt worden ist.

Pkt. 6) der TO.: Verordnung über die Vorschreibung der öffentlich rechtlichen Abgaben, der Steuern sowie der sonstigen Entgelte ab 01.01.2014

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, den Vortrag. Er bringt dem Gemeinderat den Antrag betreffend Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und -abgaben ab 01.01.2014, welcher dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen wird, zur Kenntnis.

Er teilt mit, dass die Gebühren bzw. Abgaben in vielen Bereichen unverändert bzw. gleich geblieben sind. In einigen Bereichen erfolgte eine moderate Anpassung analog der Inflationsrate.

GR Vöhl äußert als Obmann des Sport- und Freizeitausschusses den Wunsch, bei den Eintrittspreisen im Schwimmbad Landeck die Familienkarte mit genau Euro 10,00 (statt 10,10) zu beschließen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man dem Wunsch sowohl bei der Familienkarte als auch bei der Erwachsenen-Karte (statt Euro 5,10 nur Euro 5,00) entgegenkommen könnte.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich mit der Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und -abgaben, wie im Antrag angeführt – mit der Änderung die Einzelkarten Familie um 10,00 und Erwachsene um 5,00 festzusetzen – einstimmig einverstanden.**

Pkt. 7) der TO.: Begründung für Abweichungen gegenüber dem VA 2014

Der Obmann des Finanzausschusses, Bgmstv. Jenewein, verliest nachstehenden Antrag:

Gemäß § 15 Abs. 1 Z. 7 VRV sind die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag im Rechnungsabschluss zu erläutern.

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2014 im Rechnungsabschluss 2014 gem. § 15 Abs. 1 Z. 7 VRV ab einem Betrag von Euro 100.000,00 zu erläutern sind.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich damit einstimmig einverstanden.**

Pkt. 8) der TO.: Voranschlag 2014; Mittelfristiger Finanz- u. Investitionsplan 2015 - 2017

Der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, trägt eine Präsentation zum Entwurf des Voranschlages 2014 vor, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation und bemerkt zur Thematik Sprengelarzt, dass in der letzten Sitzung des Planungsverbandes auch LR Tilg anwesend war. Die Stadtgemeinde Landeck habe schon in mehreren Schreiben an das Land Tirol sowie den Tiroler Gemeindeverband auf die prekäre Situation hingewiesen. Nun ist es Aufgabe vom Obmann des Planungsverbandes, Thomas Lutz, dahingehend tätig zu werden.

Bgmstv. Jenewein betont, dass der derzeitige Zustand eigentlich untragbar ist. Die Attraktivität eines Landarztes müsste verbessert werden. Zum Voranschlag hält er abschließend fest, dass es nicht wirklich einen Grund zum Jubeln gebe, dennoch ein paar positive Signale vernommen werden können.

StR Hittler erwähnt, dass die Ertragsanteile immer ein bisschen mehr sein könnten. Die Kommunalsteuer stagniert leider ein wenig. Froh sein müsse man jedoch über die derzeitige Zinsentwicklung, die der Stadt sehr entgegen komme. Er erklärt, dass die Budgeterstellung nicht einfach war, weil wieder viele Wünsche nicht erfüllt werden können. Einiges könne „nur“ erledigt werden, doch innovativ ist man noch nicht am Weg. Dennoch erscheine immer mehr Licht am Ende des Tunnels, der Weg vor uns ist jedoch noch ein wenig steinig. Er betont, dass man vermehrt auf die Wirtschaft setzen muss, von der wir auch leben. Ein großer Brocken sei sicherlich die VS Angedair, dazu stehen alle Fraktionen. Zudem komme die Verpflichtung zur Zahlung für die Kirchenrenovierung. Ein weiterer großer Brocken sind die Zahlungen Sprengelarzt und Mietzinsbeihilfe. Für den Baureferenten sind nur mehr Euro 180.000 übrig geblieben, dennoch zeigte sich dieser sehr verständnisvoll. Schade bezeichnet er es, dass es nicht zu einer gemeinsamen Lösung mit der Gemeinde Zams in Bezug auf den Bauhof gekommen ist. Positiv erwähnt er, dass bei den Wasser- und Müllgebühren kostendeckend gearbeitet werden kann, dies ist nicht zuletzt auch auf die Einführung der neuen Müllgebührenordnung zurückzuführen. Im Hinblick auf den Venet ist er der Meinung, dass man auf einem guten Weg ist und hofft er, dass es auch so bleibt. Abschließend bedankt er sich bei Walter Gaim und bei Bgmstv. Jenewein für die professionelle Vorbereitung. Gleichzeitig bedankt er sich bei allen Mandataren für die gute Zusammenarbeit und gebühre dem gesamten Team des Stadtamtes Dank.

GR Reinalter bedankt sich als Schulreferent für das Projekt Umbau VS Angedair. Im Frühjahr erwarte man die Kostenschätzung und werde man auf diese aufbauen und dann gezielt los starten. Ein paar Hausaufgaben sind von der Stadt bzw. der Politik noch zu machen. Die NMS Clemens Holzmeister habe bereits einige Wünsche geäußert und sind in Bezug auf die Nachmittagsbetreuung, die immer mehr in Anspruch genommen wird, sicherlich die baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Außerdem liegt die Überlegung nahe, das Dachgeschoss in der Musikschule einer Verwendung zuzuführen.

StR König teilt mit, dass die FPÖ-Fraktion dem vorliegenden Budget die Zustimmung erteilen werde. Hinsichtlich des Baubudgets möchte er nicht näher eingehen, er hofft nur, dass die Landeck Bevölkerung dafür Verständnis aufbringt. Er schlägt vor, dass das Ansinnen von Bgmstv. Jenewein, von den Ausschüssen zum Halbjahr einen „Kassasturz“ vorzunehmen

wieder durchgeführt werden soll. Er bedankt sich bei der Finanzabteilung und bei Walter Gaim und seinen Mitarbeitern sowie beim Finanzausschuss für die getätigte Arbeit.

Bgmstv. Jenewein erklärt, dass ursprünglich für die Wirtschafts- und Standortentwicklung Euro 22.000,00 im Budget vorgesehen waren. Zwischen der ersten und zweiten Budgetberatung ist dann jedoch das Angebot des ISK gekommen und wurde letztlich im Finanzausschuss mehrheitlich beschlossen, jetzt Euro 62.500,00 zu budgetieren. Dazu hat es unterschiedliche Auffassungen gegeben und werde er deshalb heute gegen den Voranschlag stimmen. Abschließend bedankt er sich bei Finanzverwalter Walter Gaim für die sehr professionelle und ausgezeichnete Unterstützung über die letzten 10 Jahre, seit er Finanzreferent ist.

GR-Ers. Egg teilt mit, dass die Grünen dem Budget heute zustimmen und bedankt er sich bei Bgmstv. Jenewein für die geleistete Arbeit.

Bgmstv. Mayer schließt sich dem Dank an und appelliert, die Budgetansätze einzuhalten und bittet er den Vorsitzenden, darauf besonderen Bedacht zu nehmen.

GR Pfenniger schließt sich dem Appell an und betont, dass alle verantwortungsvoll mit dem Geld der Gemeinde umgehen müssen. Auch er würde es begrüßen, wenn die Ausschüsse zum Halbjahr einen „Check“ machen würden.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende beim Finanzreferenten, Bgmstv. Manfred Jenewein, für die geleistete Arbeit und die Präsentation sowie beim Finanzausschuss für die konstruktive Mitarbeit. In Folge spricht er seinen Dank an Herrn Walter Gaim und an die Mitarbeiter des Hauses aus.

#### **Beschluss:**

**Der Voranschlag 2014 wird vom Gemeinderat mit 15 Prostimmen und 4 Gegenstimmen (Jenewein, Pfenniger, Reinalter, Tiefenbacher-Schauer) mehrheitlich angenommen.**

**Der mittelfristige Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2015 – 2017 wird vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Sodann wird der noch auf die TO genommene **Bericht des Überprüfungsausschusses** behandelt:

StR König verliest nachstehenden Bericht:

Der Überprüfungsausschuss des Gemeinderates der Stadtgemeinde Landeck hat am Dienstag, den 26.11.2013 in der Finanzverwaltung des Rathauses die 3. Sitzung abgehalten.

Der Überprüfungsausschuss hat nachstehendes beraten bzw. beschlossen:

**Punkt 1 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung im Jahre 2013**

Das Protokoll der 3. Sitzung wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

## Überschreitungen

Die Haushaltsüberschreitungen werden lt. beiliegender Liste besprochen und durch den Finanzverwalter näher erläutert.

- a) 1/262000-619900 Sportplätze; einm. Instandhaltung Anlagen + € 9.920,79  
Obmann LA GR. Ahmet Demir ersucht um Auskunft, warum dieser Ansatz überschritten wurde.

Finanzverwalter Walter Gaim begründet die Überschreitung mit einer zu niedrigen Kostenschätzung und Mängeln die erst im Zuge der Zaunreparatur zu Tage getreten sind. Die gesamte Investition betrifft die Erneuerung des Zaunes zum Kinderspielfeld und zum Inn.

StR. Ing. König stellt fest, dass einige zuerst gut befundene Steher schlussendlich doch getauscht werden mussten, ist aber auch der Meinung, dass die mehr als 50 % ige Überschreitung zu hoch ist.

Nach Ansicht von StR Richard Reinalter müsste der Sportverein an den Kosten beteiligt werden, da am Zaun entgeltliche Werbeplakate angebracht werden.

- b) 1/900000-670000 Finanzverwaltung; Versicherungen + € 66.792,08  
Finanzverwalter Walter Gaim erklärt hierzu, dass die Versicherungen am Ende des Jahres auf die entsprechenden Ansätze umgebucht werden.
- c) 5/831000-619900 Freibäder; einm. Instandhaltung Sonderanlagen + € 131.705,29  
Der Finanzverwalter teilt mit, dass die Sanierungsmaßnahmen (Kinderbecken, Technik) im Jahr 2012 veranschlagt, aber erst 2013 abgerechnet wurden.  
Die Sanierung der Heizungsanlage wurde noch im Herbst begonnen, um den Anspruch auf die bereits zugesagte Sportförderung nicht zu verlieren.
- d) 1/782000-755000 Gewerbeförderung; laufender Zuschuss Venet Bergbahnen AG + € 24.664,80

StR. Ing. Roland König ersucht den Finanzverwalter die Überschreitung zu begründen.

Der Finanzverwalter erläutert wie folgt:

- Abgang veranschlagt € 160.000,00, abgerechnet € 166.293,00
- Differenz Annuität für Darlehen € 3 Mio. auf Investitionskostenzuschuss in Höhe von € 300.000,00, € 8.041,30
- Restbetrag Entgelte an Asylanten (Durchläufer)

Der Prüfungsausschuss nimmt die Haushaltsüberschreitungen 2013 lt. Beilage einstimmig zur Kenntnis.

## Punkt 2 der TO: **Kassaprüfung**

Die Haupt- und Nebenkassen wurden durch die Mitglieder des Überprüfungsausschusses geprüft.

Die Überprüfung der Kassen ergab keinerlei Beanstandungen.

Obmann LR. GR. Ahmet Demir, spricht nochmals das räumliche Problem der Kassa im Wertstoffhof an. Es müsste eine Lösung angestrebt werden, die ein Betreten des Kassenraumes durch betriebsfremde Personen verhindert (z.B. Kassafenster).

## Punkt 3 der TO: **Buchungs- und Belegprüfung**

Nachstehende Belege des Haushaltsjahres werden stichprobenweise überprüft:

Beleg Nr.	104978 - 105171
Beleg Nr.	103236 – 103457
Beleg Nr.	104833 - 104977

Die stichprobenweise Überprüfung o.a. Belege ergibt keinerlei Beanstandungen.

## Punkt 4 der TO: Allfälliges

StR. Ing. Roland König ersucht um Auskunft, ob die im Haushalt ausgewiesene privatrechtliche Sozialhilfe den Sozial- und Gesundheitssprengel betrifft und warum der Sozial- und Gesundheitssprengel als Verein geführt wird.

Der Finanzverwalter stellt fest, dass am Ansatz 1/411000-751300 der Anteil der Gemeinde für die privatrechtliche Sozialhilfe, d.h. auch der Aufwand für die Sozial- und Gesundheitssprengel abgerechnet wird. Der Sozial- und Gesundheitssprengel Landeck wurde durch den damaligen Altersheimverwalter Peter Gohm in Vereinsform gegründet und wird bis heute als Verein geführt.

Die Abrechnung der Hauskrankenpflege, Altenbetreuung und Heimhilfe erfolgt ausschließlich zwischen dem Sozial- und Gesundheitssprengel und dem Land Tirol.

Der Verein Sozial- und Gesundheitssprengel findet mit den durch das Land Tirol zugestandenen Stundenentgelten seit 2010 das Auslangen.

Weiters ersucht StR Ing. Roland König um Begründung der Vertretung in den div. Gemeindeverbänden und sonstigen Einrichtungen.

Hiezu teilt der Finanzverwalter mit, dass die Gemeindevertreter (Bürgermeister und andere Gemeindevertreter) entweder kraft Gesetzes oder nach den Bestimmungen der jeweiligen Satzung und jedenfalls durch Beschluss des Gemeinderates in den einzelnen Gemeindeverbänden und Einrichtungen ihre Vertretung für die Stadt Landeck auszuüben haben.



StR. Ing. Roland König bedankt sich für die Erläuterung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, bedankt sich Obmann LA. GR. Ahmet Demir für die konstruktive Prüfungsarbeit, er bedankt sich beim Finanzverwalter für die Ausführungen und schließt die Sitzung.

StR Hittler bemerkt, dass er die Meinung von GR Reinalter hinsichtlich der Kostenbeteiligung an der Zaunreparatur durch den Sportverein nicht teilen kann.

**Der Bericht des Überprüfungsausschusses wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Pkt. g) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge:

- a. Militärisches Immobilienmanagement – Zusatzvereinbarung Verlängerung Parkstreifen (Kaserne)

Die Republik Österreich/Bundesgebäudeverwaltung und die Stadtgemeinde Landeck haben im Jahre 1995 einen Mietvertrag ua betreffend die Errichtung von PKW-Parkplätzen auf Gst. 2507/1 (Urichstraße; Kasernenareal) abgeschlossen. Aufgrund der angespannten Parksituation, insbesondere im Bereich des Ärztehauses, hat die Stadtgemeinde Landeck bereits mehrfach um Verlängerung des Parkstreifens angesucht. Nun hat sich das Österreichische Immobilienmanagementzentrum damit einverstanden erklärt. Die vermietete Teilfläche aus Gst. 1207/1 wird um ca. 352 m<sup>2</sup> auf 1152 m<sup>2</sup> verlängert. Der vereinbarte Mietzins erhöht sich von derzeit Euro 435,38 auf Euro 626,95 netto. Die Versetzung des Kasernenzaunes ist mit dem Militärkommando Tirol abzusprechen und entsprechend den Vorgaben bezüglich militärischer Sicherheit zu errichten.

Der Mietvertrag aus dem Jahre 1995 sowie die Zusatzvereinbarung sind diesem Antrag beigelegt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 3. September 2013 damit befasst und beantragt, der Gemeinderat möge der Zusatzvereinbarung zustimmen, sofern im Budget 2014 entsprechende Mittel zur Adaptierung des Parkstreifens vorgesehen sind.

StR König fügt hinzu, dass die Parkraumbewirtschaftung im Ortsteil Angedair dementsprechend ernsthaft anzugehen ist.

StR Hittler stellt fest, dass das Verkehrskonzept Perjen bereits abgeschlossen ist und das Konzept für Angedair und Perfuchs schon in Auftrag gegeben wurde.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich damit einstimmig einverstanden.**

b. Waltraud und Karl Sager – Löschung Vor- und Wiederkaufsrecht

In EZ 1271 GB 84007 Landeck – im Eigentum von Waltraud und Karl Sager, Prandtauerweg 31 – ist das Vor- und Wiederkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 3. Dezember 2013 mit dem Ansuchen um Löschung des Vor- und Wiederkaufrechtes befasst und beantragt, der Gemeinderat möge diesem zustimmen.

**Beschluss:**

**Mit der Löschung des Vor- und Wiederkaufrechtes ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.**

c. Neue Heimat Tirol (NHT) – Baurechtsvertrag „Betreubares Wohnen“

Die Stadtgemeinde Landeck ist bestrebt, dass im Bereich vor dem Altersheim „Betreubares Wohnen“ entsteht. Zu diesem Zweck soll mit der Neuen Heimat Tirol (NHT) ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werden, welche beabsichtigt, auf der Baurechtsliegenschaft eine Wohnanlage zu errichten. Des Weiteren sollen in der Wohnanlage Räumlichkeiten/Einrichtungen für soziale Zwecke errichtet und vermietet werden. Die Baurechtsdauer beträgt 60 Jahre, das Flächenausmaß der Baurechtsliegenschaft 2.150 m<sup>2</sup> und der Baurechtszins vorläufig jährlich netto Euro 13.994,00. Die künftige Wärmeversorgung des auf der Baurechtsliegenschaft noch zu errichtenden Gebäudes soll zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich festgelegt werden.“

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 3. September 2013 mit beigefügtem Baurechtsvertrag befasst und beantragt, der Gemeinderat möge diesem zustimmen.

**Beschluss:**

**Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.**

Pkt. 10) der TO.: Antrag des Wohnungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seinen Sitzungen vom 20.08.2013 und 14.10.2013 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben:

- a) die 3-Zi-Wohnung Kreuzgasse 27, Top 21 (nach Bätz) an  
**EBERL Christof, Landeck, Josef-Stapf-Straße 8**

- b) die 3-Zi-Wohnung Kreuzgasse 27, Top 15 (nach Thöny) an  
**UMAROV Dzhabrail, Landeck, Bahnhofstraße 9**
- c) die 2-Zi-Wohnung Fischerstraße 114, Top 5 (nach Walter) an  
**PASCHER Brigitte, Landeck, Josef-Stapf-Straße 26**
- d) die 2-Zi-Wohnung Urichstraße 61, Top 10 (nach Mandl) an  
**LEITL Maria, Landeck, Prandtauerweg 38**

GR Leitl verlässt den Sitzungssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**Beschluss:**

**Mit den beantragten Wohnungszuweisungen ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.**

Pkt. 11) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a. GR Pfenniger informiert, dass morgen und übermorgen jeweils von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr die Ausstellung mit Fotos von Bertl Stenico im Alten Kino besucht werden kann.
- b. Bgmstv. Mayer stellt fest, dass das Jahr 2013 ein sehr wechselhaftes Jahr war. Angefangen mit der Bürgermeisterwahl sowie einigen Änderungen im Gemeinderat sowie in den diversen Ausschüssen. Er bedankt sich dafür in erster Linie beim Vorsitzenden, Bgm. Dr. Wolfgang Jörg sowie bei allen Mitgliedern des Gemeinderates für die konstruktive Zusammenarbeit. Er wünscht allen erholsame Feiertage, einen guten Jahresausklang und hofft, dass im Jahr 2014 wieder gemeinsam anstehenden Aufgaben erfüllt werden können.
- c. Der Vorsitzende bedankt sich auch recht herzlich bei allen Bediensteten und Mandataren und betont, dass alle zum Wohle der Gemeinde gut gearbeitet haben. Er wünscht allen ein frohes Fest sowie alles Gute im neuen Jahr. Abschließend spricht er eine Einladung in die Pizzeria Lex & Mex aus.

**ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG**